

„Wir machen das, nicht für Euch, sondern mit Euch“

Christoph Ellinghaus ist zweiter Bevolmächtigter der IG Metall Geschäftsstellen Jena, Saalfeld und Gera mit insgesamt 15.000 Mitgliedern in den Branchen Metall und Elektroindustrie, Holz, Kunststoff, Textil und textile Dienste.

Mit ihm sprach Jana Seppelt.



IG METALL JENA-SAALFELD UND GERA

Ihr habt in den letzten Jahren sehr gute Erfahrungen gemacht mit be- dingungsgebundener Gewerkschaftsarbeit und Mitgliederzu- wächse erreicht, mehr Betriebsräte gegründet, eine steigende Tarifbin- dung verzeichnet und konfliktfähi- ge Betriebsratsgremien entwickelt. In welchen Bereichen sind diese Or- ganisierungserfolge zu verzeich- nen?

Christoph Ellinghaus ■ Die Leitbran- che ist die Metall- und Elektroindust- rie mit 35.000 Beschäftigten in Thi- ringen. Wir haben eine Tariforientie- rung von ungefähr 75% und eine Ta- rifbindung von 50% der Beschäftigten in der Branche. In Thüringen finden wir eine gespaltene Betriebslandschaft vor. Einerseits gibt es die tarifgebun- denen Betriebe seit den 90er Jahren, andererseits haben wir viele kleinere Betriebe, die in den 90ern/2000ern entstanden sind und keine Tarifbin- dung hatten und bis heute nicht ha- ben. In diesen Betrieben stellen wir fest, dass die Beschäftigten aufgrund unterschiedlicher Ursachen in den letzten 5 Jahren ein großes Interesse an Betriebsratsgründungen und Tarif- verträgen entwickelt haben. Sie wen- den sich von sich aus an die IG Metall,

werden Mitglied und dann ist ihre Er- wartung „Macht es für uns“. Wir sagen dann deutlich, wir machen das nicht für Euch, sondern mit Euch.

Was sind denn Gründe für dieses Interesse?

Das hat einerseits mit einer stabilen ökonomischen Entwicklung der letz- ten 10 Jahre zu tun, andererseits auch mit der demographischen Entwickl- ung. Demographischer Wandel im Osten bedeutet insbesondere Fachar- beitermangel und damit sinkende Er- werbslorenzahlen und ein Stück ver- loren gegangene Angst, bei einem Konflikt gegebenefalls vor dem Nichts zu stehen.

Das Wesentliche ist aber, dass die Ge- neration, die in den 90er Jahren die Stabilität der Betriebe garantiert, aber auch in den Abgrund geschaut hat, seit 5 Jahren die Betriebe verlässt und nicht mehr den Ton angibt. Die 45- bis 55-Jährigen sind in den Westen ge- gangen. Die Beschäftigten von 25-35 Jahren haben Ansprüche und stehen vor der Frage, ob sie sich für eine kol- lektive Auseinandersetzung oder für individuellen Karriereweg entschei- den. Diese Frage ist noch offen, aber in den organisierten Betrieben haben

sie sich für die IG Metall entschieden und da gewinnen sie viel.

Wie kommt ihr von der Erwartung „Macht das für uns“ hin zu „Wir ma- chen das mit Euch“?

Wir arbeiten sehr viel beteiligungsori- entierter und transparenter, viele Ent- scheidungen werden auf die Mitglie- der verlagert und Prozesse als gemein- same Auseinandersetzung gerahmt. Es ist also nicht damit erledigt, dass ich Mitglied werde. Wir arbeiten mit Map- penkreisen, wir arbeiten und der An- sprache von Nichtmitgliedern. Wir kön- nen Kräfteverhältnisse im Sinne der Beschäftigten nur verschieben, wenn wir auch konfliktorientiert gegenüber dem Management vorgehen. Wir wol- len keine Stellvertreterpolitik. Wir wis- sen, dass wir nur zusammen mit den Kolleginnen und Kollegen vor dem Tor Druck entwickeln können. Warnstreiks müssen so organisiert sein, dass die Be- schäftigten vor dem Tor ihre Hand- lungsmacht und Wirksamkeit spüren und Erfahrungen sammeln können.

Verändert die stärkere Beteiligungs- und Konfliktorientierung die IG Me- tall?

Die Landesregierung ficht dies alles nicht an. Sie sei in Gesprächen, erklärt sie ein ums andere Mal. Doch es tut sich nichts, jedenfalls nicht im Guten für die Beschäftigten.

Wir als Linksfraktion haben alle diese Fälle – wie auch die Schließung einer Schicht im Brieftzentrum Schwerin – in den Landtag gebracht, um die Lan- desregierung zu zwingen, ihren Wer- bespruch „Land zum Leben und Ar- beiten“ Taten folgen zu lassen. Zum Leben und Arbeiten gehören gute Löhne. Und die werden beispielsweise in Call-Centern im Land nicht ge- zahlt: 71,8 Prozent der Vollzeitbe- schäftigten in den Call-Centern des Landes erhalten Löhne, die unter der

Da stehen wir erst am Anfang. Positiv geschätzt haben wir 15% unserer Be- triebe erreicht. Gesamtgesellschaftlich gesehen führen wir jedoch höchstens exemplarische Auseinandersetzun- gen. Trotzdem ist die Perspektive eine positive, weil viele junge Kolleg*innen die Erfahrung machen, dass man was bewegen kann: Gemeinsam, solida- risch und jenseits nationalistischer Zu- schreibungen.

Was muss Politik denn tun, damit ihr in der Offensive bleiben könnt?

Wir haben das vor der Wahl von rot- rot-grün formuliert: Lasst uns gemein- sam Absprachen darüber treffen, wie wir miteinander für die Interessen Lohnabhängiger agieren. Ein solches gemeinsames Projekt wird gesell- schaftliche Konflikte und harte Ausei- nandersetzungen mit den Arbeitge- bern, der CDU und FDP bedeuten. Das wäre meine Erwartung gewesen, ist aber nicht Teil eines gemeinsamen po- litischen Verständnisses in der Breite der drei Parteien. Nur so wären gesell- schaftliche Kräfteverhältnisse zu ver- schieben, die wir dringend gegen den Rechtsstreng brauchen.

Die Langfassung des Interviews unter www.betriebundgewerkschaft.de/

Im Osten nichts Neues?

M-V weiter im Lohnkeller und Kon- junkturauftrag... titelte der NDR am 29.03.2019. Der Sender nahm Bezug auf eine Pressemitteilung des Landwirtschaftsministers und stellte fest, dass die Wirtschaft in Mecklen- burg-Vorpommern den Anschluss an die bundesweite Entwicklung verliert und die Bruttoöhne 2018 nur 81 Pro- zent des Bundesdurchschnitts errei- chen, was den niedrigsten Wert deutschlandweit bedeutet.

Nun wissen wir alle, dass gute Arbeits- bedingungen nicht vom Himmel fal- len. Doch statt die Bildung und Arbeit von Betriebsräten im Land zu stärken und dadurch auch die Tarifbindung, wie von uns seit 8 Jahren gefordert

und von der SPD und CDU ebenso lan- ge versprochen, belassen es die Lan- desregierung und ihre Fraktionen bei Absichtserklärungen, die das Papier nicht wert sind.

Vom Image des Niedriglohnländers will sich die Regierung verabschieden und doch werden immer wieder Fälle bekannt, in denen genau das zum Be- triebskonzept zu gehören scheint. Ob nordkurier oder Ostseezeitung, da wird unliebsamen Beschäftigten schnell mal mit Kündigung gedroht oder eine neue Firma aus dem Boden gestampft, die nicht mehr tarifgebun- den ist und demzufolge weniger Lohn zahlt. Und bei den Paketzustellern herrschen Zustände wie im alten Rom.

bundesdeutschen Niedriglohnschwel- le liegen, 45,6 Prozent, also fast die Hälfte der Vollzeitbeschäftigten in den Call-Centern in M-V, erhalten ei- nen Lohn, der sogar unter dem noch- mal niedrigeren Schwellenwert der ostdeutschen Länder in Höhe von 1733 Euro liegt.

Für die Linke ist klar: Wir brauchen einen Mindestlohn von 12 Euro, die Angleichung der Tariföhne Ost an West und eine Stärkung der Betriebs- räte und damit auch der Tarifbin- dung!

Von Jörg Böhm, Landessprecher der AG betrieb&gewerkschaft Mecklenburg-Vor- pommern und Referent der Linksfraktion im Landtag M-V